



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Medizinische Versorgung in Griechenland und Finanzkrise

Beschlussantrag

Von: Dr. Peter Scholze als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Prof. Dr. Dr. habil. Wulf Dietrich als Delegierter der Bayerischen
Landesärztekammer
Dr. Ellis E. Huber als Delegierter der Ärztekammer Berlin
Dr. Heinrich-Daniel Rühmkorf als Delegierter der Ärztekammer Berlin

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 fordert die Bundesärztekammer auf, Kontakt zu griechischen Ärzteorganisationen aufzunehmen, um sich umfassend über die krisenbedingten Auswirkungen auf das griechische Gesundheitswesen zu informieren. Die Bundesärztekammer fasst diese Informationen in einem Bericht zusammen, der im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht und auf dem 117. Deutschen Ärztetag 2014 diskutiert wird.

Hiermit handelt die Bundesärztekammer gemäß ihrer Satzung § 2 Abs. 1. Dort wird unter "Zweck der Arbeitsgemeinschaft" unter anderem die "Herstellung von Beziehungen zur medizinischen Wissenschaft und zu ärztlichen Vereinigungen im Ausland" angeführt.

Begründung:

Es kann der deutschen Ärzteschaft nicht egal sein, wenn das griechische Gesundheitssystem völlig zusammenbricht.

Bereits jetzt leben mehr als 30 Prozent der griechischen Bevölkerung ohne jeglichen Krankenversicherungsschutz. Im Falle von Arbeitslosigkeit wird die Sozialfürsorge (einschließlich Krankenversicherung) nur für ein Jahr weiter bezahlt, danach entfallen alle Sozialleistungen.

Die Sparpakete der letzten drei Jahre haben das griechische Gesundheitssystem auf das Niveau eines Entwicklungslandes gebracht und der Bevölkerung das Grundrecht auf eine angemessene medizinische Versorgung genommen. Die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Union und Europäischer Zentralbank besteht dennoch auf weiteren Einschnitten im medizinischen Bereich.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Viele Kranke haben keinen Zugang mehr zu notwendiger medizinischer Behandlung. Das medizinische Personal in Krankenhäusern und Praxen kann oft nur noch eine Notfallbehandlung aufrechterhalten. Kinder werden nur noch gegen Barzahlung geimpft. Die letzten drei Jahre kam es zu einem massiven Anstieg von Erkrankungen, v. a. bei Depression, Alkoholismus und AIDS. Die Säuglingssterblichkeit hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt (von 3/1000 auf 6/1000). Die Suizidrate hat zugenommen.

In den meisten Kliniken fehlen unverzichtbare Grundmaterialien wie Einmalhandschuhe, Gips und Katheter. Ärmere Frauen müssen zu Hause entbinden, da sie sich eine Krankenhausgeburt, die zwischen 700 und 1.500 Euro kostet, nicht leisten können. Die Regierung will fast die Hälfte der Kliniken schließen. Die Verschuldung der Krankenhäuser bei Pharmakonzernen liegt bei über 1,3 Mrd. Euro. In der Krise sind bisher in ganz Griechenland 5.000 Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen ausgeschieden, nachbesetzt wurden nur 200 Stellen. Im Krankenhaus Beschäftigte müssen oft monatelang auf ihr Gehalt warten, Bereitschafts- und Notdienste werden oft überhaupt nicht mehr bezahlt.

Drogensüchtige Patienten, deren Zahl sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht hat, erhalten auf Grund der Sparmaßnahmen nur noch 15 Nadeln im Jahr - ein Zehntel dessen, was ihnen in anderen Ländern der Eurozone zugestanden wird. Das Europäische Zentrum für Krankheitsverhinderung und Kontrolle (ECDC) warnt vor einer neuen AIDS-Welle vor allem in den Großstädten. In Athen müssen Heroinabhängige eine Wartezeit von 44 Monaten in Kauf nehmen, bevor sie an einem Methadon-Programm teilnehmen können.

Die staatliche Krankenversicherung EOPYY hat knapp 4 Mrd. Euro Schulden, sie ist in vielen ihrer Bereiche zahlungsunfähig.

Patienten müssen auch für Leistungen, die von der staatlichen Krankenversicherung gedeckt sind, immer mehr zuzahlen. Die privaten Zuzahlungen für Kassenleistungen betragen derzeit 10 bis 25 Prozent, dies mit steigender Tendenz. Viele Krankenhäuser, Ärzte und Apotheker verlangen auch für Kassenleistungen vom Patienten Vorkasse, wobei dann unsicher ist, wann und in welcher Höhe die Krankenversicherung diese Kosten rückerstattet.

Ohne die Zurücknahme des drastischen Sparkurses im griechischen Gesundheitswesen kann sich die dramatisch defizitäre Krankenversorgung dort nicht bessern. Die Finanzkrise darf nicht auf dem Rücken behandlungsbedürftiger Kranker ausgetragen werden. Gleichzeitig sollte man vor den vielen Problemen im griechischen Gesundheitswesen, die bereits vor der Finanzkrise durch Korruption, Fakelaki und chaotische Strukturen gewachsen sind, nicht die Augen verschließen.